

# Der Brunnerbrief

Liebe Genossin, lieber Genosse,  
liebe Leserin, lieber Leser,

der Januar ist schon zur Hälfte verstrichen, dennoch halte ich es für noch nicht zu spät, Dir und Deinen Angehörigen ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2015 zu wünschen. Ich habe die Weihnachtsfeiertage im Familienkreis daheim in Illertissen verbracht, bevor am 1. Januar bereits der Neujahrsempfang der Städte Ulm und Neu-Ulm auf dem Programm stand.

Herzliche Grüße  
Dein



Karl-Heinz Brunner

## DER TERROR IN PARIS

Politisch gesehen lässt uns der Beginn des neuen Jahres keine Zeit zum Durchatmen. Der Schock über das Blutbad in Paris vor einer Woche sitzt uns allen noch in den Knochen. Die feige Attacke galt nicht nur dem Magazin *Charlie Hebdo* - über deren Karikaturen man unterschiedlicher Meinung sein kann -, jüdischen Mitbürgern und Polizeibeamten, sondern ist ein Frontalangriff auf unsere Grundwerte, die demokratische Freiheit der Meinungsäußerung und Pressefreiheit. Wenn Journalisten aus Angst vor Terror nicht mehr schreiben und drucken können, was sie denken, ist das schlichtweg inakzeptabel.

Unsere Antwort auf diese Ereignisse muss klar sein: mehr Demokratie, mehr Freiheit, mehr Offenheit. Unsere pluralistische und bunte Gesellschaft ist unsere Stärke, keine Schwäche. Die Menschen in Paris haben am letzten Sonntag bereits ein beeindruckendes Zeichen gesetzt, über eine Million Menschen haben für eine tolerante und bunte Gesellschaft über religiöse Grenzen hinweg demonstriert. Ebenso am vergangenen Dienstag: Auf Initiative der muslimischen Verbände Deutschlands fand unter Beteiligung aller demokratischen und geistlichen Kräfte eine Mahnwache vor dem Brandenburger Tor statt. Genauso wie der Zug zur französischen Botschaft am Montag, an dem wir auch teilnahmen.

Die zu ziehenden Konsequenzen sind jedoch ein Drahtseilakt. Sie müssen wohlüberlegt sein. Klar, dass sich die Rattenfänger von Pegida, AfD und NPD in ihrer kurzsichtigen Argumentation bestätigt fühlen und



## KURZ NOTIERT

### DELEGATIONSREISE NACH BERN

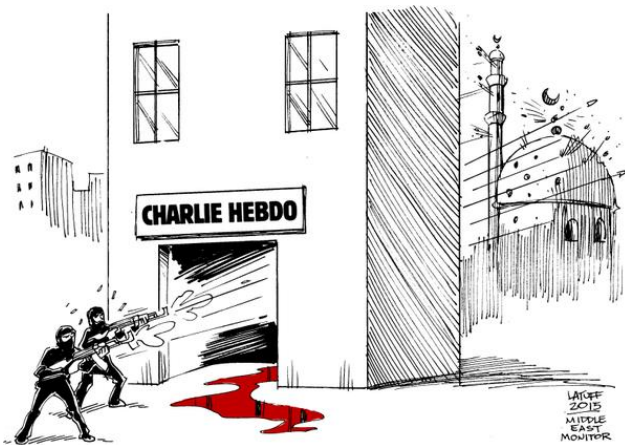
Mit dem Verteidigungsausschuss des Bundestages war ich Anfang Januar zwei Tage in der Schweizerischen Hauptstadt zu Gast. Themen der Gespräche waren insbesondere die europäische Flüchtlingspolitik und Drohnen.

### KLAUSUR DER SPD-FRAKTION

Ebenfalls in der letzten Woche fand eine zweitägige Klausur der Bundestagsfraktion statt. Im Mittelpunkt stand das Vorhaben, künftig der „gehetzten Generation“ zwischen Kindererziehung und Elternpflege mehr Angebote machen zu können.

### PARTNERSCHAFT MIT DER UKRAINE

Mit Alina Nosenko, Geschäftsführerin der Klischko-Stiftung aus Kiew, hatte ich in dieser Woche ein sehr anregendes Gespräch in meinem Büro. Dabei ging es nicht nur um die aktuelle Lage im Land, sondern auch um eine verstärkte Zusammenarbeit mit den NGO's (Nichtregierungsorganisationen) in der Ukraine und eine Stärkung von Kinderrechten, unterstützt beispielsweise durch Austauschprogramme in Deutschland.



nahezu einstimmig nach Maßnahmen gegen Mitbürger muslimischen Glaubens in Deutschland und Europa krakeelen. Dass unser Land auf die Zuwanderung angewiesen ist, um unseren Wohlstand nicht zu gefährden, verschweigen sie. Experten trauen

deutschlandweit ca. 410 Personen schwere, vorgeblich religiöse Straftaten zu. Diese Aggression weniger islamistischer Extremisten gefährdet und schadet nicht zuletzt den Muslimen in Deutschland, die in ihrer überwältigenden Mehrheit friedlich und integriert hier leben.

Leider gibt es aber auch einige blinde Eiferer aus Europa, die sich im Kampf des IS in Syrien und im Irak beteiligen. Mit dieser Tatsache muss äußerst vorsichtig umgegangen werden, denn wir können es uns nicht erlauben, dass jene Extremisten mit ihren Einstellungen nach Europa zurückkehren und den Terror hier fortsetzen. Unser Bundesjustizminister Heiko Maas hat dazu bereits vor einigen Wochen vorgeschlagen, verdächtigen Personen die Ausweispapiere zu entziehen, um sie so an einer Ausreise nach Syrien und in den Irak zu hindern. Außerdem soll die Finanzierung terroristischer Organisationen stärker bestraft werden.

Reflexartig fordert die Union in Reaktion auf die Anschläge die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung. Ich stehe dem skeptisch gegenüber. Nicht nur, dass der Europäische Gerichtshof das massenhafte Sammeln der Daten von Bürgerinnen und Bürgern für unvereinbar mit den Grundrechten hält, auch im konkreten Fall in Frankreich hat es nicht vor den Angriffen geschützt. Anstatt uns selbst Sand in die Augen zu streuen, sollten wir jedem Extremisten klarmachen, dass sie mit einer gnadenlosen Ausschöpfung aller rechtsstaatlichen Mittel rechnen müssen, um ihnen Einhalt zu gebieten und dass sie ihrer Strafe nicht entgehen werden, ohne Wenn und Aber.

#### GEMEINSCHAFTLICHE ADOPTION DURCH GLEICHGESCHLECHTLICHE LEBENSPARTNER

Eine Meldung unserer Nachbarn mit großer Relevanz auch für uns: Der österreichische Verfassungsgerichtshof hat das Verbot der gemeinschaftlichen Adoption durch Lebenspartner für unvereinbar mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) erklärt. Konsequenterweise muss dieses also auch für Deutschland gelten und nimmt ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorweg. Diese Gelegenheit will ich nutzen, das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, „rechtliche Regelungen, die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften schlechter stellen“ zu beseitigen, endlich umzusetzen. Dazu habe ich bereits Kontakt zur zuständigen Berichterstatterin der Union aufgenommen.



#### LEGENDÄRER ABGEORDNETER WIRD NAMENSGEBER

Nur wenige Meter von meinem Abgeordnetenbüro im Paul-Löbe-Haus im Deutschen Bundestag verbindet eine Brücke das Gebäude mit einer weiteren Liegenschaft des Bundestages, dem Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Jakob Mierscheid, schon seit 1979 Bundestagsabgeordneter für die SPD, kommt die Ehre zuteil, Namenspatron des Übergangs geworden zu sein. Zwar geben einige Kollegen an, schon mit ihm Kontakt gewesen zu sein, bezeugen kann es mysteriöserweise jedoch niemand. Selbst zur Weihung der Brücke war er nicht anwesend.



#### MEINUNG & KONTAKT

Über Lob, Kritik und Anmerkungen freue ich mich! Bitte wende Dich zu diesem Zweck schriftlich oder telefonisch an mein Berliner Büro.

Karl-Heinz Brunner, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

[karl-heinz.brunner@bundestag.de](mailto:karl-heinz.brunner@bundestag.de)

Telefon: 030 / 227 75055

Fax: 030 / 227 70055

[www.karlheinzbrunner.de](http://www.karlheinzbrunner.de)